

# Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt  
Tagesblatt Riesa,  
Grenzstr. Nr. 21,  
Postfach Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Nr. 1532,  
Girokonto  
Riesa Nr. 22.

Nr. 140.

Mittwoch, 19. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrens von Produktionsverrichtungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Bezugspreis für die Kammer des Landtages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Bezugspreis für die Kammer des Reichstages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Bezugspreis für den Einzelverkauf beträgt 10 Pfennig. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeilen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Vorpiel zur Aussprache über die Pariser Reparationsverhandlungen. Scharfe Kritik an der Finanzverwaltung im Reichstag.

von Berlin, 18. Juni 1929, 11 Uhr.

Der Reichstag nahm den Beirat in zweiter Lesung an und zwar auch die zweite Kammer für den Panzerkreuzer, für die auch die sozialdemokratischen Minister stimmten. Die übrigen Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten gegen den Weiterbau des Panzerkreuzers. Ein kommunistisches Misstrauensvotum gegen den Reichswehrminister Groener wurde abgelehnt.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts.

### Allgemeine Finanzverwaltung.

#### Finanzminister Dr. Dillenburg:

Ich habe in meiner Rede mit voller Absicht das etwaige Ergebnis der Pariser Verhandlungen ganz außer Betracht gelassen. Ich habe unter Zustimmung der Mehrheit des Reichstages die Auffassung eines Defizit-Etats abgelehnt. Ich rechne damals mit den stillen Reserven, die wir in der Alkoholbesteuerung hatten. Der Reichstag hat es abgelehnt, dieses Steuergebiet in Anspruch zu nehmen. Er hat das Defizit durch starke Abstriche ausgeglichen und alle Reserven aufgebraucht. Jetzt bleibt ein Defizitbetrag von 22 Millionen. Bis zur dritten Lesung wird auch die Ausgabenlast erhöht werden müssen, beispielsweise für die Vorkosten der Reichsarbeiter. In der nächsten Zeit werden dringende und große Probleme der Finanzpolitik zur Lösung kommen müssen. Die Schwierigkeiten der Rentenfrage im Mai sind vor allem durch die steuerfreie Anleihe behoben worden. Damals war der Geldmarkt besonders ungünstig. Die Befürchtung eines Scheiterns der Pariser Verhandlungen hatte eine gewisse Panik erzeugt, die gefördert wurde durch die ganz verantwortungslose Agitation, die von gewisser Seite damals in der Öffentlichkeit getrieben worden ist. (Hört! Hört!) Kurzfristige Anleihen in Deutschland waren damals kaum möglich, aber auch die langfristige Anleihe hat unter den jetzigen Umständen gelitten. Immerhin hat diese Anleihe es uns ermöglicht, die Schwierigkeiten unserer Rentenfrage zu überwinden. Der Geldmarkt hat inzwischen eine Erleichterung erfahren, die deutsche Währung hat sich als absolut gesichert erwiesen. Die Beunruhigung der Öffentlichkeit über unsere Rentenfrage muß endlich aufhören, denn sie schädigt auch den Kredit der deutschen Wirtschaft. Diese Diskussion wird vielfach ohne wirkliche Kenntnis der Verhältnisse geführt. Wenn beispielsweise von deutschnationaler Seite verbreitet worden ist, das Reich sei bankrott, so kann man eine solche Behauptung nur als verantwortungslos bezeichnen. (Hört! Hört!)

Um solchen Schwierigkeiten, wie wir sie in der letzten Zeit durchmachen, für die Zukunft vorzubeugen, wird es notwendig sein, wieder einen Betriebsmittelfonds anzusammeln. Das Ergebnis der Pariser Verhandlungen stellt uns vor neue Aufgaben auch in der Finanzpolitik. In erster Linie ist die Klärung der Finanzlage notwendig. Das aus 1928 übernommene Defizit von 150 Millionen muß noch aus den Ergebnissen dieses Etatsjahres abgedeckt werden. Das Finanzministerium muß darüber nachdenken, daß die einzelnen Ressorts die notwendige Vorsicht in ihren Aufwendungen anwenden. Leider ist die Haushaltsordnung, die dem Finanzminister die dafür erforderlichen Kompetenzen geben soll, noch nicht verabschiedet. Ich hoffe, daß das in der Herbsttagung geschieht. Für das Etatsjahr 1929 müssen wir zu einer Klärung des finanzpolitischen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern kommen. Die zum Teil recht großen Abfindungen, die die Länder vom Reich verlangen, sollen in einem Gesetzentwurf geregelt werden, den ich demnächst vorlegen will. Notwendig ist auch die baldige Beabsichtigung des Steuerereinkommensgesetzes. Die Veränderung der Stellung der Reichsbahn bedingt auch eine neue finanzpolitische Regelung.

Ich kann auf Einzelheiten nicht eingehen, bevor die Verhandlungen abgeschlossen sind, die sich mit der Vermittlung des Young-Planes befassen. Ein erschöpfendes Finanzprogramm werde ich vorlegen in dem Zeitpunkt, wo ich politische Handlungsfreiheit habe. Dieses Finanzprogramm soll gehalten sein im Sinne der sozialen Gerechtigkeit und der Erhöhung der Produktivität unserer Gesamtwirtschaft. (Beifall d. d. Reg.-Parteien.)

#### Abg. Dr. Cuno (Dnat.)

bezeichnet den sachlichen Inhalt der Ministerrede als recht dürftig. Noch immer ist die Einnahmeseite des Etats nicht genau festgelegt. Die Frage, ob wir ein organisches Defizit haben oder nicht, hat der Minister auch heute nicht beantwortet. Ich halte es für gefährlich, dem Ausland vorzutun, daß wir in der Lage wären, durch normale Steuern unser Defizit auszugleichen. Es muß dem Ausland gesagt werden, daß unsere Wirtschaft mit Steuern überlastet ist, daß trotzdem mit diesen Steuern das Defizit nicht ausgeglichen werden kann, daß wir auch keine Anleihe unterbringen können. Daraus ergibt sich die Konsequenz, daß wir uns nicht selbst in die Tasche lässen sollen, sondern

eine wesentliche Verabreichung unserer Tributzustellungen verlangen müssen. Steuerermäßigungen sind auch diesmal versprochen worden, es fragt sich nur, wie sie gedeckt werden sollen. Der in Paris und vom Ausland angekündigte Wechsel von 200 Millionen auf die Reichsbahn ist ein frivoler völkerrechtlicher Akt, der uns nicht die mindeste Erleichterung bringt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Deutschland niemals in der Lage war, die hohen Beträge auszubringen, sondern es aus erborgtem Gelde bezahlt hat. Da ist die minigle Erleichterung tatsächlich ohne jede praktische Bedeutung. Das deutsche Volk, das doch schließlich die Lasten auszubringen hat, muß schweigen, bis der letzte Diplomat den letzten Tintenschuß unter das Dokument gesetzt hat, das uns und unsere Kinder und Enkelkinder auf 70 Jahre in Schuldnechtschaft bringt. Dann wird die Druckfuge vorgelegt und nach ein paar Tagen wird der Tributvertrag angenommen durch eine Reichstagsmehrheit ohne Verantwortung. Dieser Etat ist ja kritisiert, das Defizit übersteigt tatsächlich eine halbe Milliarde. Warum wird denn dem Ausland eine Leistungsfähigkeit vorgegaukelt, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft gar nicht hat? Ich richte an den Finanzminister die Frage: Ist es richtig, daß der Reichsfiskus Müller mit Wissen der Reichsregierung an die Sachverständigen einen Brief geschrieben hat, daß im Falle, daß die Reichsregierung der Ansicht sei, daß der Plan angenommen werden müsse, auch wenn wirtschaftliche Erwägungen dem entgegenstünden? (Hört! Hört! rechts.) Ich bitte um eine Antwort, ob die Regierung die Verantwortung für Paris tragen kann, tragen muß und tragen will.

#### Vizepräsident Effer

teilt mit, daß inzwischen von der deutschnationalen Fraktion ein Misstrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister eingegangen ist.

#### Abg. Reil (Zos.)

Der Abg. Dr. Cuno hat die ihm fehlenden sachlichen Argumente durch Zimperlichkeiten und Unterstellungen. Das Defizit ist doch entstanden unter den Regierungen, an denen die Deutschnationalen beteiligt waren. Die Deutschnationalen haben auch durch Abkommandierung der Hälfte ihrer Fraktion erst die Annahme der Dawes-Gesetze ermöglicht, die sie jetzt bekämpfen. Wenn die Dawes-Gesetze um 700 Millionen jährlich erleichtert wird durch das Ergebnis der Pariser Verhandlungen, so kann man das nicht einen „Beitrag“ nennen.

Wir akzeptieren das Pariser Ergebnis, wenn wir auch noch nicht wissen, wie der neue Mechanismus funktionieren wird. Das durch die Sünden der Vergangenheit entstandene Defizit muß gedeckt werden. Vorher lehnen wir eine Steuererhöhung ab, denn zunächst sind dringliche finanzielle Aufgaben zu erfüllen, vor allem die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, nachdem unser Vorschlag einer Beitrags-erhöhung bisher keine Mehrheit gefunden hat. Wir können nicht gleichzeitig die Steuern senken und eine Auslandsanleihe aufnehmen. Die Tendenz, gewisse Besitzsteuern auszuheben, hat sich sonderbarerweise sogar in den Bericht der Pariser Sachverständigen vertritt. Was haben sich die Sachverständigen der Währungsfragen um unsere innere Steuerpolitik zu kümmern? Das kann nur auf unsere deutschen Sachverständigen zurückzuführen sein. Diesen Punkt des Berichts haben die deutschnationalen Führer nicht kritisiert. Sie hatten ja in den letzten Tagen alle Hände voll zu tun, um den deutschen Kredit im Ausland zu schädigen. Wenn nach der Sanierung unserer Finanzen an eine Steuererhöhung gedacht werden kann, dann müssen in erster Linie die Bestrauschungssteuer und die viel zu hohe Lohnsteuer gelöst werden.

Hier wird die Beratung unterbrochen durch die gestern zurückgeforderten

### Abstimmungen zum Beirat.

Der Beirat wird in der vom Ausland vorgeschlagenen Form angenommen.

Der kommunistische Antrag auf Gewährung des Wahlrechts an die Angehörigen der Reichswehr und Reichsmarine wird in namentlicher Abstimmung mit 226 gegen 158 Stimmen abgelehnt.

Beim Marine-Etat wird der kommunistische Antrag auf Erreichung der zweiten Rate für den Panzerkreuzer A in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 158 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen abgelehnt.

Für die Erreichung hat auch die sozialdemokratische Fraktion gestimmt mit Ausnahme der sozialdemokratischen Minister, die rote Kleinpartei gegen den kommunistischen Antrag abgaben.

Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wird zum Beirat noch eine Entschließung der Deutschnationalen angenommen, wonach den im östlichen Grenzgebiet liegenden Städten Jülich, Ramstein, Rülisch und Reibitz ihre Garnisonen belassen werden sollen.

Angenommen wird auch der Antrag der Wirtschaftspartei, der die Regierung um die Vorlegung eines Marine-Programms auf längere Zeit ersucht.

Der kommunistische Antrag, die Schlagrate für den Kreuzer „Rhein“ zu freieren, wird mit 224 gegen die 44 Stimmen der Kommunisten, des kommunistischen Misstrauens-

votum gegen den Reichswehrminister Groener gegen Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Darauf wird die Aussprache über die

### allgemeine Finanzverwaltung

fortgesetzt

#### Abg. Dr. Brüning (Ztr.)

erklärt, es sei wünschenswert, dem deutschen Volke die ganze Tragweite der in Paris beschlossenen Belastungen für zwei Generationen klar zu machen. Dabei müsse man sich aber vor Uebertreibungen hüten, wie sie die deutschnationale Presse bringt. Das Zentrum kann sich dem Abg. Reil nicht darin anschließen, daß wir das Pariser Ergebnis annehmen unbeschadet der Prüfung, ob es für unser Volk tragbar ist und ob es für unsere Währung die erforderliche Sicherheit gewährleistet. Wir können auch nicht mit dem Abg. Reil von einer „finanziellen Miswirtschaft der letzten vier Jahre“ sprechen. Die Ursachen des Defizits liegen einmal in dem ungedeckten Arbeitsbeschaffungsprogramm von 1924 und in der Arbeitslosen-Versicherung. Der Redner begründet die Aufkündigung eines Finanzprogramms durch den Minister und erinnert bei dieser Gelegenheit an die Notwendigkeit einer Steuererhöhung, namentlich einer Senkung der Realsteuern; die Länder müßten instand gesetzt werden, diese Steuererhöhung auch tatsächlich durchzuführen. An den Forderungsausgaben lasse sich zweifellos noch sparen. Eine Steuererhöhung zur Befriedigung der schwierigen Rentenfrage sei ausgeschlossen. Auch auf die Reparationserleichterungen dürfe man zu diesem Zweck nicht hoffen. (Minister Dr. Dillenburg nickt.) Man brauche auch eine Reserve für unvorhergesehene Fälle. (Beifall im Zentrum.)

#### Abg. Ende (Zos.)

charakterisiert gerade den Haushalt der Finanzverwaltung als Klassenetat. Die Proletarier müßten alles aufbringen. Jede fünfte Stunde sei in Berlin ein Selbstmord eines Proletariats fällig, den die Rot in den Tod treibe. Wir Kommunisten, so betont der Redner, verneinen, hoffen und bekämpfen diesen Staat; wir bewilligen ihm keinen Groschen! Darum verzichten wir auch auf Anträge zu diesem Etat, die doch abgelehnt werden würden.

#### Abg. Dr. Schulze (Ztr.)

fordert, daß sich der Sparwille bei Reich, Ländern und Gemeinden immer weiter durchsetze. Von dem guten Willen der Beteiligten werde es abhängen, ob der Reichstag ein Sperrgesetz gegen die Uebertreibung der Realsteuern schaffen werde. Man müsse nötigenfalls auch zum Ausgabenabbau schreiten, um den Ausgabenabbau zu ermöglichen. Steuern und Soziallasten betragen heute bei einer Produktion von etwas über 60 Milliarden, über 33 Prozent gegenüber 12 1/2 Prozent vor dem Kriege bei einer Produktion von 40 Milliarden. Als besondere Belastung hat die deutsche Wirtschaft noch die Reindtribute zu tragen. Diejenigen, die immer den Forderungen der Feinde nachzugeben geneigt sind, sollten sich darüber klar sein, daß die Uebertreibung der Tribute den Zwang zur Zurückdrängung anderer Notwendigkeiten zur Folge haben muß, wobei man schließlich auch vor dem Lohn an den Arbeitnehmer nicht haltmachen kann. Der Redner verlangt, daß neue Ausgaben unter keinen Umständen bewilligt werden. Auch vor der Gefahr der Unpopularität dürfe man nicht zurückweichen. Der Haushalt müsse ein Minimum darstellen, nicht ein Maximum. Rein Wennig der in Paris erparten Ausgaben dürfe anders verwendet werden als zur Lastenentlastung. Erste Forderung sei allerdings die Sanierung der Rentenfrage. Der Redner erklärt zum Schluß, daß die Deutsche Volkspartei eifern an ihrer Forderung festhalten werde: Anleihen und Senkung der Löhne, wenn es sein muß, mit rigorosen Mitteln in der festen Erwartung, daß dadurch die Hebung der deutschen Wirtschaft als das Endziel erreicht wird.

#### Abg. Reich (Bayr. Sp.)

pflichtet dem Abg. Dr. Brüning in allen Punkten bei und fügt hinzu, Anleihen würden vielleicht bald überhaupt nicht mehr untergebracht werden können, man werde also die Gründe für die schwierige Rentenfrage beseitigen müssen, vor allem die Zuschüsse für die Arbeitslosenversicherung. Die vom Finanzminister angekündigte Finanzreform müsse nicht nur das Reich sanieren, sondern auch die Länder. Die Reform dürfe auch nicht in neuen Steuererhöhungen bestehen. Im Gegenteil, so erklärt der Redner, wenn ich Sparminister wäre, dann würde ich zunächst einmal bei den Steuererhöhungen zu sparen suchen. (Weiterkeit.) Neue Einnahmen könne man in einer Zeit, wo alle ihre Länder ihre Bölle erhöhen, durch Zollserhöhungen beschaffen. An dem Sonderausgleich für leistungsschwache Länder und Gemeinden müsse man festhalten, die Postentschädigungen müßten den Ländern Bayern und Württemberg ausbezahlt werden.

#### Abg. Kollath (Wirtsch.P.)

wundert sich über die Weichenstellung des Finanzministers, den das Zeichnungsergebnis der Reichsanleihe befriedigt habe, und macht auf die Folgen der Reichsanleihe bei den Ländern aufmerksam: Sachsen habe ausständigste Verband